



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

---

Henze, A.: Die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik in der EG. In: Böckenhoff, E.,  
Steinhauser, H., von Urff, W.: Landwirtschaft unter veränderten Bedingungen. Schriften der  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 19,  
Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1982), S. 81-101.

---



# DIE FINANZIERUNG DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK IN DER EG

von

Arno Henze, Hohenheim

---

- 1 Einleitung
  - 2 Einnahmen
    - 2.1 Abschöpfungen
    - 2.2 Produktabgaben
    - 2.3 Zölle
    - 2.4 MwSt-Eigenmittel
  - 3 Ausgaben
    - 3.1 Struktur der Gesamtausgaben
    - 3.2 Struktur der Ausgaben des EAGFL
    - 3.3 Ausgaben EAGFL Abt. Garantie
  - 4 Einnahmen-Ausgaben-Bilanzen
    - 4.1 Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben-Bilanz
    - 4.2 Agrarsektorale Einnahmen-Ausgaben-Bilanz
    - 4.3 Nationale Einnahmen-Ausgaben-Bilanzen
  - 5 Möglichkeiten zur Verhinderung eines Finanzungleichgewichtes
    - 5.1 Reduzierung der Ausgaben
      - 5.1.1 Administrative Mitteleinsparungen
      - 5.1.2 Restriktive Agrarpreispolitik
      - 5.1.3 Mengenbeschränkende Maßnahmen
    - 5.2 Erhöhung der Einnahmen
      - 5.2.1 Administrative Einnahmeverbesserungen
      - 5.2.2 Ausdehnung der Produktabgaben
      - 5.2.3 Ausdehnung des Agraraußenschutzes
      - 5.2.4 Erhöhung der MwSt-Eigenmittel
  - 6 Schlußbetrachtung
- 

## 1 Einleitung

Die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik ist einerseits

das Ergebnis sektoraler, gesamtwirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Entwicklungen, andererseits aber auch - und dies in zunehmendem Maße - Rahmenbedingung des agrarpolitischen Handelns. Zurückzuführen ist dies darauf, daß der agrarpolitische Finanzierungsspielraum der EG zunehmend durch das im Luxemburger Vertrag vom 21.04.1970 festgelegte Einnahmesystem, aber auch durch steigende finanzielle Erfordernisse anderer Politikbereiche eingeengt wird.

Die folgende Analyse der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung beschränkt sich auf den Zeitraum ab 1975, da die statistischen Angaben vor 1975 mit denen danach nur bedingt vergleichbar sind aufgrund der Erweiterung der EG auf neun Mitglieder im Jahre 1973 (seit 1981 10) bzw. der damit verbundenen Übergangsregelungen, des schrittweisen Vollzuges des 1970 beschlossenen Finanzierungssystems sowie der Verwendung der unterschiedlichen Währungseinheiten RE und ERE, die sich ohne Kenntnis der Finanzstruktur in nationalen Währungseinheiten nicht ineinander umrechnen lassen.

## 2 Einnahmen

Das im Luxemburger Vertrag festgelegte Einnahmesystem besteht aus:

- Abschöpfungen bei der Einfuhr von Agrargütern, die zwar national erhoben werden, seit 1971 aber zu 100 % an die EG abzuführen sind,
- einer Produktions- und Lagerabgabe bei Zucker (einschließlich Isoglukose), die seit 1971 erhoben wird,
- Zöllen, die vor allem bei der Einfuhr von Industriegütern national erhoben werden und seit 1975 vollständig an die EG abzuführen sind,
- Eigeneinnahmen der EG bis maximal 1 % der MwSt-Bemessungsgrundlage der Mitgliedsländer seit 1978.

### 2.1 Abschöpfungen

Die Abschöpfungseinnahmen machten im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1980 12,4 v.H. der Gesamteinnahmen aus, unterlagen aber sehr starken Schwankungen (vgl. Übersicht 1). Von Bedeutung ist dabei vor allem die Entwicklung der Weltmarktpreise und der Einfuhrmengen bei Qualitätsweizen und Futtergetreide (Mais). Die Abschöpfungseinnahmen werden auch künftig

Übersicht 1: Einnahmen der Europäischen Gemeinschaften  
(Mill. ERE)

	1975 <sup>1)</sup>	1976 <sup>1)</sup>	1977 <sup>1)</sup>	1978	1979	1980	1981 <sup>2)</sup>	1982 <sup>3)</sup>
1 Abschöpfungen	504,0	1.030,4	1.459,9	1.872,7	1.678,6	1.535,4	1.310,2	1.399,1
2 Zucker- und Isoglucoseabgabe	82,6	129,9	204,1	410,6	464,9	466,9	463,5	786,0
3 Zölle	3.128,7	3.925,5	3.676,4 <sup>4)</sup>	4.390,9	5.189,1	5.905,8	6.366,0	6.939,0
4 Finanzbeiträge	2.263,3	2.729,5	2.898,0	5.329,7	2.302,1	12,8	151,3	197,5
5 MwSt-Eigenmittel	-	-	-	-	4.737,7	7.093,5	9.190,2	11.998,3
6 Saldo der MwSt-Eigenmittel vom Vorjahr und Anpassung der Finanzbeitr.	-	-	-	-	-	261,0	546,1	.
7 Sonstige Einnahmen	311,8	277,4	275,3	177,8	188,6	169,4	160,6	164,5
8 Überschuß vom Vorjahr	-	-	41,1	-	41,7	458,6	246,1	.
9 Summe der Einnahmen	6.290,4	8.092,7	8.513,7	12.181,7	14.602,7	15.903,4	18.434,0	21.984,4
10 Nachträgliche Annullierungen von Ausgaben des Vorjahres	31,1	295,9	416,8	166,6	229,2	154,2	.	.
11 Gesamtbetrag	6.321,5	8.388,6	8.930,5	12.347,3	14.831,9	16.057,6	.	.
<p>1) Errechnet aus RE auf der Grundlage der nationalen Beträge der Mitgliedsländer ausgenommen "Sonstige Einnahmen" Zeile 7 und "Annullierungen" (Zeile 10), die mit dem sich durchschnittlich ergebenden Faktor umgerechnet wurden. - 2) Einschließlich des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 sowie des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplans Nr. 2 von 1981. - 3) Endgültige Feststellung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1982 durch das Europäische Parlament am 21.12.1981. - 4) Im Jahre 1977 wurden die Zölle gegenüber Dänemark, Großbritannien und Irland vollständig abgebaut, ebenso gegenüber den EFTA-Ländern und der Schweiz für die im Abkommen festgelegten Waren, wie auch gegenüber den Ursprungswaren des gewerblichen Sektors aus Israel, Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien.</p> <p>Quelle: Amtsblatt der EG L 79 (28.3.1977), (Ist-Beträge in RE 1975): L 36 (6.2.1978), (Ist-Beträge in RE 1976): L 23 (31.1.1979), (Beträge 1977): C 326 (31.12.1979), (Ist-Beträge 1978): C 342 (31.12.1980), (Ist-Beträge 1979): L 378 (31.12.1980), L 31 (8.2.1982), Bulletin der EG Nr. 5/1981.</p>								

stark fluktuieren, bei steigenden Selbstversorgungsgraden sich aber insbesondere mengenbedingt tendenziell ungünstiger entwickeln als bisher.

## 2.2 Produktabgaben

Die Einnahmen aus der Produktions- und Lagerabgabe bei Zucker waren bisher für die Finanzierung des EG-Haushaltes von untergeordneter Bedeutung. Sie sind allerdings in den letzten Jahren gestiegen und werden im Rahmen der am 01.07.1981 in Kraft getretenen neuen Zuckermarktordnung weiter zunehmen. Außerdem findet das System der Produktabgabe seit 1977 auch bei Milch Anwendung. Allerdings wird die sogenannte Mitverantwortungsabgabe nicht als Einnahme im EG-Haushalt verbucht, sondern als zweckgebundene Ausgabenminderung verrechnet.

## 2.3 Zölle

Die Zolleinnahmen machten im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1980 41,7 v.H. der Gesamteinnahmen aus. Sie haben nicht nur ein größeres Gewicht als die Abschöpfungseinnahmen, sondern entwickelten sich infolge geringerer Mengen- und Preisschwankungen auch vergleichsweise stabil. In den kommenden Jahren ist - ähnlich wie im Durchschnitt der letzten Jahre - mit einer jährlichen Zunahmerate von etwa 10 v.H. zu rechnen.

## 2.4 MwSt-Eigenmittel

Der zunächst durch Finanzbeiträge und seit 1978 durch Einnahmen aus der 1 %igen MwSt-Bemessungsgrundlage gedeckte Restfinanzierungsbetrag hat sich von 1975 bis 1980 bei einer durchschnittlichen jährlichen Zunahmerate von etwa 26 v.H. mehr als verdreifacht. 1981 ist er, mitbedingt durch den an Großbritannien für 1980 zu leistenden Finanzausgleich, aber auch begünstigt durch einen prozentual geringen Anstieg der Agrarausgaben, um etwa 40 v.H. gestiegen. Der Anteil der Restfinanzierung an den Gesamteinnahmen hat sich dabei von 1975 bis 1981 von 36 v.H. auf mehr als 50 v.H. erhöht. Die hohe überdurchschnittliche Zunahmerate der Restfinanzierung wurde ermöglicht durch eine mehr oder weniger fortwährende Anhebung des Anteilsfaktors an der MwSt-Bemessungsgrundlage von 0,36 im Jahre 1975 auf inzwischen etwa 0,8 im Jahre 1981.

Die MwSt-Bemessungsgrundlage steigt jährlich um nur etwa 12 v.H.

### 3 Ausgaben

#### 3.1 Struktur der Gesamtausgaben

Die Struktur der Ausgaben (vgl. Übersicht 2) ist durch das Vorherrschen der Agrarausgaben gekennzeichnet, die im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1980 etwa 70 % ausmachten. Auf die Bereiche Sozialsektor, Regionalsektor, den Bereich Forschung, Industrie und Verkehr sowie den Bereich Entwicklungshilfe entfallen zusammen nur etwa 20 v.H. Der Anteil dieser Bereiche wurde von 1975 bis 1980 kaum erhöht. Die restlichen 10 v.H. sind Verwaltungsausgaben (6 v.H.) sowie Erstattungen an die Mitgliedsländer im Rahmen der Finanzabwicklung (1981 und 1982 zusätzlich Sondererstattungen).

#### 3.2 Struktur der Ausgaben des EAGFL

Die Ausgaben des EAGFL werden inzwischen nahezu ausschließlich (zu etwa 97 v.H.) durch die gemeinsame Agrarmarktpolitik (Abt. Garantie) verursacht. Die Ausgaben der Abteilung Ausrichtung, die Anfang der 60er Jahre auf ein Drittel der Höhe der Marktordnungsausgaben festgesetzt waren, wurden 1967 auf einen Betrag von 285 Mill. RE plafoniert, der im Zuge der EG-Erweiterung auf neun Mitglieder auf 325 Mill. RE und 1980 auf etwa 500 Mill. ERE jährlich erhöht wurde, und sind seither nahezu unbedeutend.

#### 3.3 Ausgaben der EAGFL Abt. Garantie

Die Ausgaben der Abteilung Garantie (vgl. Übersicht 3 und Schaubild 1) bestehen vor allem aus Marktordnungsausgaben. Hinzu kommen Währungsausgleichs- und Beitrittszahlungen. Die Marktordnungsausgaben sind von 1975 bis 1980 bei einer durchschnittlichen jährlichen Zunahmerate von 24,6 v.H. von 3,742 Mrd. ERE auf 11,017 Mrd. ERE angestiegen. Die Exporterstattungen (vgl. Schaubild 1), die vor allem bei Milchprodukten, Getreide, Zucker und Rindfleisch anfallen (vgl. Schaubild 2), nahmen dabei überdurchschnittlich zu. Ihr Anteil an den Marktordnungsausgaben stieg von 25 v.H. im Jahre 1975 auf 49,5 v.H.



Übersicht 2: Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften  
(Mill. ERE)

	1975 <sup>1)</sup>	1976 <sup>1)</sup>	1977 <sup>1)</sup>	1978 <sup>1)</sup>	1979 <sup>1)</sup>	1980 <sup>1)</sup>	1981 <sup>2)</sup>	1982 <sup>3)</sup>
1 Agrarsektor	4.777,4 <sup>4)</sup>	5.905,9 <sup>4)</sup>	7.018,0 <sup>4)</sup>	9.123,7	10.708,3	11.634,9	12.141,3	14.518,0
2 Sozialsektor	1.152,2	1.955,1	1.310,1	538,8	530,0	700,7	682,4	911,3
3 Regionalsektor				525,0	499,0	403,0	819,2	1.093,8
4 Forschung etc.				224,1	267,5	365,1	292,5	393,8
5 Entwicklungshilfe				279,3	538,8	662,6	795,7	816,8
6 Sonstige Bereiche				107,4	81,1	131,0	94,4	167,4
7 Erstattungen <sup>5)</sup>				668,3	966,4 <sup>6)</sup>	1.238,4 <sup>6)</sup>	2.571,2 <sup>6)</sup>	2.980,1 <sup>6)</sup>
8 Verwaltung	390,4 <sup>7)</sup>	480,7 <sup>7)</sup>	601,6 <sup>7)</sup>	694,7	784,9	839,3	1.037,3	1.103,2
9 Ausgaben insgesamt	6.320,0 <sup>8)</sup>	8.341,7 <sup>8)</sup>	8.929,7 <sup>8)</sup>	12.261,5	14.376,0	15.975,1	18.434,0	21.984,4
10 Übertragbarer Überschuß in das folgende Jahr	-	41,1	-	86,7 <sup>9)</sup>	455,9	82,5	.	.
11 Gesamtbetrag	6.320,0	8.382,8	8.929,7	12.348,2	14.831,9	16.057,6	.	.

1) Getätigte Zahlungen plus Zahlungsermächtigungen (sog. Übertragungen in das folgende Jahr) aus Mitteln des jeweiligen Haushaltes.- 2) Mittel für Zahlungen in der endgültigen Feststellung des Nachtrags- und Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 der EG für das Haushaltsjahr 1981, wobei die "vorläufig eingesetzten Mittel" (Kap. 10.0) auf die einzelnen Positionen aufgeteilt wurden.- 3) Mittel für Zahlungen in der endgültigen Feststellung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1982 durch das Europäische Parlament am 21.12.1981.- 4) Angaben in ERE für die Abteilung Garantie und aus RE berechneten Beträgen für die Abteilung Ausrichtung (gewogen mit den Zahlen aus Mitteln des jeweiligen Haushaltes bzw. aus Übertragungen in das folgende Jahr an die verschiedenen Mitgliedsländer.- 5) An die Mitgliedsländer in Höhe von 10 % der Eigenmittel (Finanzbeiträge und MwSt-Beträge) gewährte Erstattungen.- 6) Einschließlich Vergütungen im Rahmen des EMS, Sondererstattungen Griechenland, Finanzausgleich Großbritannien, der für die Jahre 1980 und 1981 gewährt, jedoch erst in den jeweils darauffolgenden Jahren verbucht wird, Anwendung des Finanzmechanismus und Rückstellungen.- 7) Errechnet aus Angaben in RE mittels der Paritäten des BF.- 8) Errechnet aus Angaben in RE mittels des sich für die Einnahmen insgesamt ergebenden Umrechnungsfaktors.- 9) Einschließlich Umrechnungsfehlbetrag von 45,1 Mio ERE.

Quelle: Amtsblatt der EG C 326 (31.12.1979), C 342 (31.12.1980), C 344 (31.12.1981) und L 371 (28.12.1981); Achter Finanzbericht über den EAGFL 1978 für Ausgaben Garantie in ERE bis 1977; Bulletin der EG Nr. 12/1981.

Übersicht 3: Ausgaben Abteilung Garantie EAGFL  
(Mill. ERE)

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>1)</sup>
<b>Getreide</b>	589	656	630	1.113	1.564	1.669	1.931
davon Erstattungen	330	403	366	832	1.185	1.175	1.250
Interventionen	259	253	264	281	379	494	681
- Preisausgleich	.	.	212	209	290	282	303
- Lagerhaltung	.	.	52	72	89	212	378
<b>Zucker</b>	271	229	598	878	940	575	700
davon Erstattungen	28	62	409	640	685	286	334
Interventionen	243	167	189	238	255	289	366
- Preisausgleich	148	19	11	10	15	16	19
- Lagerhaltung	95	148	178	20	240	273	347
<b>Milcherzeugnisse</b>	1.194	2.278	2.924 <sup>2)</sup>	4.015 <sup>2)</sup>	4.528 <sup>2)</sup>	4.752 <sup>2)</sup>	3.675 <sup>2)</sup>
davon Erstattungen	332	766	1.417	1.565	2.088	2.746	2.033
Interventionen	862	1.512	1.507	2.450	2.440	2.006	1.642
- Preisausgleich	607	764	923	1.261	1.603	1.546	1.325
- Lagerhaltung	255	748	584	1.189	637	460	317
<b>Rindfleisch</b>	923	616	468	639	748	1.363	1.497
davon Erstattungen	146	134	132	146	270	715	800
Interventionen	777	482	336	493	478	648	697
- Preisausgleich	370	134	45	80	61	144	259
- Lagerhaltung	407	348	291	413	417	504	438
<b>Fette</b>	188	247	269	325	606	687	958
davon Erstattungen	1	10	1	1	1	4	15
Interventionen	187	237	268	325	605	683	943
- Preisausgleich	.	.	.	294	582	654	898
- Lagerhaltung	.	.	.	31	23	29	45
<b>Obst und Gemüse</b>	73	185	178	101	443	687	715
davon Erstattungen	29	44	50	48	35	41	65
Interventionen	44	141	128	53	408	646	650
- Preisausgleich	44	141	128	53	408	646	650
- Lagerhaltung	-	-	-	-	-	-	-
<b>Wein</b>	141	134	90	64	62	300	618
davon Erstattungen	1	2	1	2	5	27	30
Interventionen	140	132	89	62	57	273	588
- Preisausgleich	103	93	53	27	34	202	483
- Lagerhaltung	37	39	36	35	23	71	105
<b>Tabak</b>	201	186	205	216	226	309	327
davon Erstattungen	2	2	4	3	4	4	5
Interventionen	199	184	201	213	222	305	322
- Preisausgleich	.	.	.	186	209	275	281
- Lagerhaltung	.	.	.	27	13	30	41
<b>Sonstige Erzeugnisse</b>	162	216	278	414	615	674	1.064
davon Erstattungen	80	129	208	303	459	452	633
Interventionen	82	87	70	111	156	222	431
- Preisausgleich	82	87	70	111	156	184	363
- Lagerhaltung	-	-	-	-	-	38	68
<b>Produktgruppen insgesamt</b>	3.742	4.747	5.640	7.765	9.732	11.016	11.485
davon Erstattungen	949	1.552	2.588	3.539	4.732	5.450	5.165
Interventionen	2.793	3.195	3.052	4.227	5.000	5.566	6.320
- Preisausgleich	.	.	.	2.245	3.342	3.949	4.581
- Lagerhaltung	.	.	.	1.982	1.658	1.617	1.739
<b>Beitrittsausgleichs-</b> <b>beträge</b>	445	402	201	27	1	-	5
<b>Währungsausgleichsbeträge</b>	336	438	989	880	708	299	163
- im innergem. Handel	.	272	748	669	459	56	- 81
- im Drittlanderhandel	.	166	241	211	249	243	244
<b>Abt. Garantie insgesamt</b>	4.523	5.587	6.830	8.673	10.441	11.315	11.653
davon Erstattungen	.	1.718	2.829	3.750	4.981	5.695	5.409
Interventionen	.	3.869	4.001	4.923	5.460	5.620	6.244
- Preisausgleich	.	.	.	2.941	3.807	4.003	4.505
- Lagerhaltung	.	.	.	1.982	1.658	1.617	1.739

1) Angaben im Entwurf des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplans Nr. 2 zum Gesamthaushaltsplan der EG für 1981 und Mittelübertragungen. - 2) Ohne Berücksichtigung der Ausgaben, die aus der Mitverantwortungsabgabe, die in den letzten Jahren stark gestiegen ist (1981: 503 Mio ERE), finanziert werden.

Quelle: Kommission der EG: "Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft", versch. Jgg. -  
Kommission der EG: "Finanzbericht über den EAGFL", versch. Jgg. -  
Bundesministerium der Finanzen: "Der Haushalt der EG 1981", Dokumentation, Nr. 3/81.

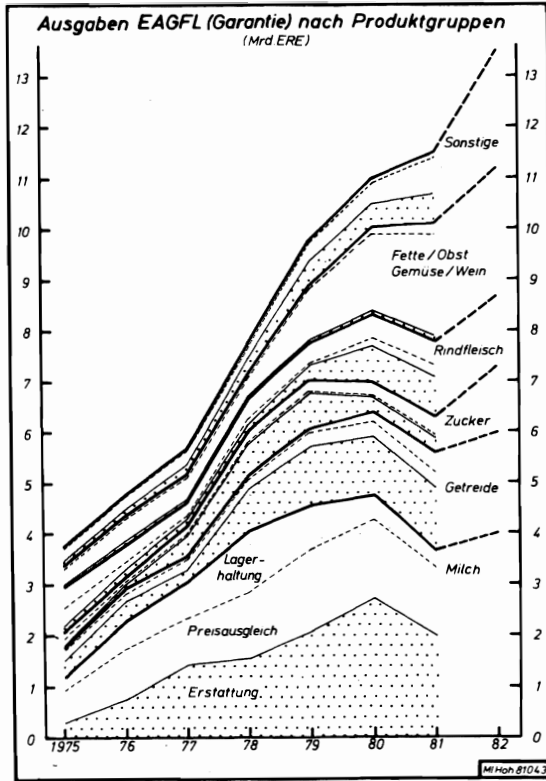


Schaubild 1

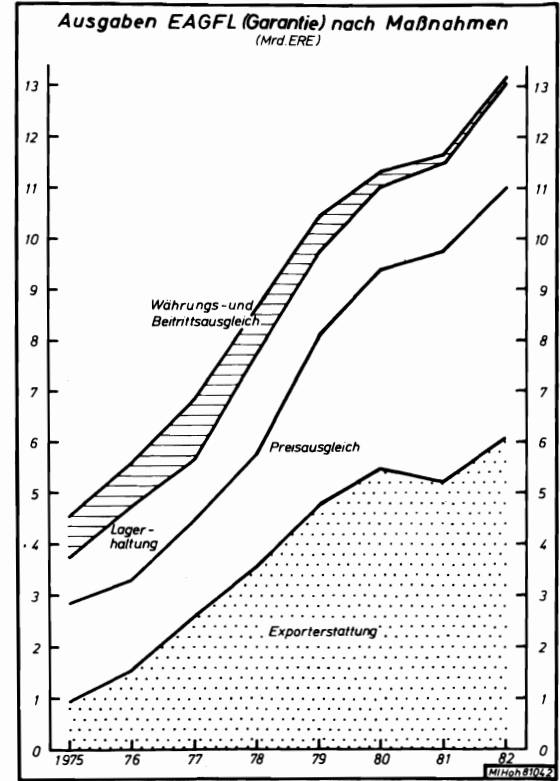


Schaubild 2

im Jahre 1980, 1981 ging er preisbedingt zurück. Die günstigen Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt, insbesondere bei Zucker und Milchprodukten (vgl. Schaubild 3), haben bewirkt,

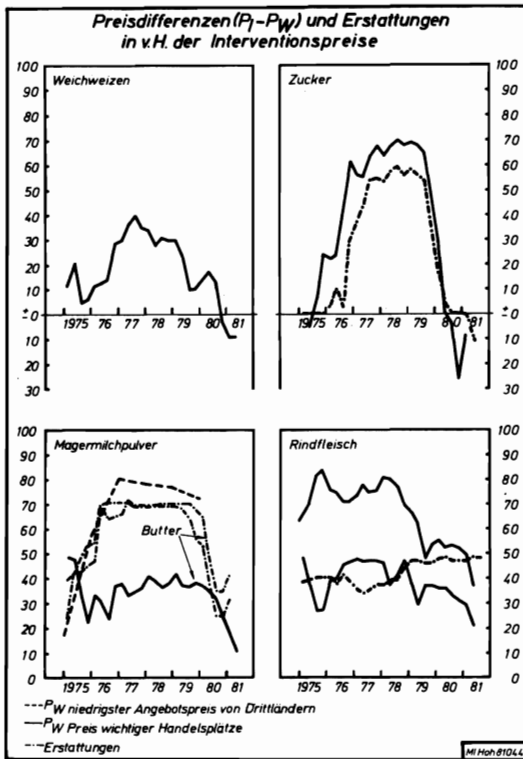


Schaubild 3

daß trotz einer forcierten Exportpolitik sich die Erstattungen und damit auch die Marktordnungsausgaben insgesamt 1980 und insbesondere 1981 günstiger entwickelt haben als in den Jahren zuvor. Legt man für die Jahre 1980 und 1981 auch die durchschnittliche Zunahmerate der Marktordnungsausgaben in dem Zeitraum 1975 bis 1980, in dem die Ausgabenentwicklung eher die längerfristigen Weltmarktbedingungen widerspiegeln dürfte zugrunde, so ergäben sich für 1980 zusätzliche Ausgaben in Höhe von etwa 1 Mrd. ERE und für 1981 von etwa 3 Mrd. ERE gegenüber den ausgewiesenen Beträgen. Gemessen an den günstigen Exportbedingungen in diesen Jahren (vgl. Schaubild 3) und unter Berücksichtigung der Entwicklung der

Überschußsituation erscheint diese "potentielle" Ausgabenbelastung nicht unrealistisch. Der im Rahmen der Intervention gewährte Preisausgleich wird nur teilweise und indirekt vom Weltmarktpreis beeinflusst. Wesentlichen Einfluß haben die inländische Preisgarantie und die Beihilfesätze. Er ist in den letzten Jahren im Gegensatz zur Exporterstattung infolge erhöhter Ausgleichssätze, aber auch mengenbedingt, insbesondere bei den Produktgruppen Fett, Obst und Gemüse sowie Wein stark gestiegen. Die Ausgaben für die Lagerhaltung haben sich nur wenig geändert. Einer Reduzierung bei Milchprodukten steht eine Ausdehnung bei den Produkten Getreide, Zucker und Rindfleisch gegenüber. Durch die Zunahme der strukturellen Überschußsituation hat die Lagerhaltung an der Ausgabenentwicklung insgesamt relativ an Bedeutung verloren.

Die weitaus höchsten Ausgaben verursacht der Milchmarkt (vgl. Übersicht 3 und Schaubild 2). Der Ausgabenzuwachs war aber geringer als bei den Marktordnungsausgaben insgesamt. Zum einen bewirken die schon bestehenden hohen Überschußquoten bei Milchfett und bei Milcheiweiß, daß die Ausgaben mengenbedingt prozentual weniger steigen als bei Produkten wie Getreide und Rindfleisch mit einer noch vergleichsweise niedrigen Überschußquote. Zum anderen haben die günstigen Absatzbedingungen bei Milchprodukten seit 1980, insbesondere 1981 (vgl. Schaubild 3), die Entwicklung der Marktordnungsausgaben bei Milch sehr günstig beeinflusst. Außerdem wirkten die Einnahmen aus der Mitverantwortungsabgabe zunehmend ausgabenmindernd. Von erheblicher Bedeutung sind ferner die Ausgaben bei Getreide, Zucker und Rindfleisch. Sie stiegen in den letzten Jahren bei Getreide und Rindfleisch mengenbedingt sehr stark an. Dagegen war die Ausgabenentwicklung bei Zucker aufgrund der extrem günstigen Exportsituation vorübergehend rückläufig. Zunehmende Bedeutung haben die Ausgaben für die südlichen Produkte, pflanzliche Fette, Obst und Gemüse sowie Wein, die hier vornehmlich durch den Preisausgleich im Rahmen der Intervention entstehen. Die starke Zunahme geht darauf zurück, daß die Beihilfesätze (bei pflanzlichen Fetten) und die Interventionsgarantien (bei Obst und Gemüse sowie Wein) in letzter Zeit erheblich ausgedehnt wurden und hierdurch zum Teil auch die Überschußmenge stark zugenommen hat. Aufgrund

der Süd-Erweiterung der EG muß hier künftig mit einem noch stärkeren Ausgabenzuwachs gerechnet werden.

#### 4 Einnahmen-Ausgaben-Bilanzen

##### 4.1 Gesamteinnahmen-Gesamtausgaben-Bilanz

Schaubild 4 gibt einen Überblick über die bisherige Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der EG und das sich bei Fortsetzung der durchschnittlichen Ausgabenentwicklung im Zeitraum 1975 bis 1980 im Rahmen des bestehenden Einnahmesystems abzeichnende Finanzungleichgewicht<sup>1)</sup>. Es sind dargestellt die Einnahmenentwicklung aus Abschöpfungen, Zöllen, Produktabgaben und sonstigen Einnahmen, die Einnahmenpotentiale im Rahmen einer 1- und 2 %igen Bemessungsgrundlage der MwSt-Einnahmen sowie die Entwicklungen der tatsächlichen und ab 1980 hiervon abweichenden potentiellen Agrar- und Gesamtausgaben.

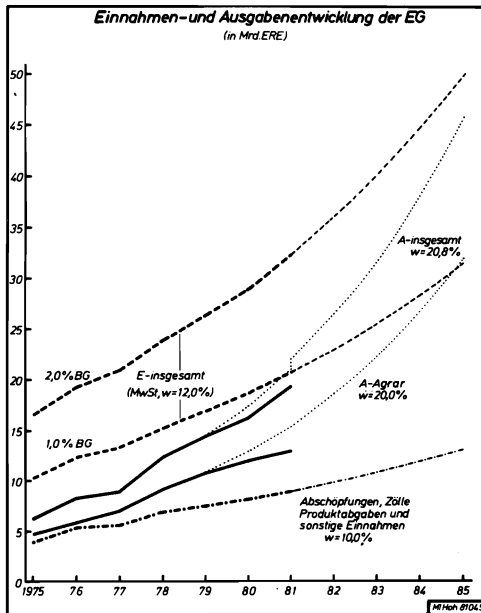


Schaubild 4

1)BMF: Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften 1981. Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen, Bonn 3/81.

Bei einer Zunahme der Agrarausgaben von 20 v.H. und der Gesamtausgaben von 20,8 v.H. in den Jahren 1980 und 1981 wie in dem Zeitraum von 1975 bis 1980 (plus 1 Mrd. Finanzausgleichszahlungen ab 1981) wäre der Finanzierungsrahmen im Jahre 1981 bereits überschritten worden. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung würden 1985 allein die Agrarausgaben die Gesamteinnahmen übersteigen und die Gesamtausgaben das Einnahmepotential im Rahmen einer 2 %igen MwSt-Bemessungsgrundlage weitgehend ausgeschöpft haben. Innerhalb des bestehenden Einnahmesystems dürften die Gesamtausgaben und insbesondere die Agrarausgaben, wenn der Finanzierungsspielraum für die anderen Politikbereiche gleichzeitig verbessert werden soll, jährlich nur um etwa 11 % zunehmen. Durch die Süd-Erweiterung der EG wird sich das Finanzproblem eher noch verschärfen.

#### 4.2 Agrarsektorale Einnahmen-Ausgaben-Bilanz

Angesichts einer zunehmenden Kritik an der Höhe und Dynamik der Agrarausgaben werden diese vielfach am Sozialprodukt der EG relativiert, allerdings am gesamtwirtschaftlichen und nicht an dem sektoralen Wert, der noch eine sachgerechtere Bezugsgröße darstellen würde; oder es wird geltend gemacht, daß die Ausgaben des EAGFL zu einem erheblichen Teil gar nicht dem Agrarsektor zuzuordnen seien bzw. die Nettobelastung des EG-Haushaltes durch die EG-Agrarpolitik erheblich niedriger sei.

Zwar trifft es zu, daß es in einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik keine Währungsausgleichszahlungen geben würde. Doch ist auch zu bedenken, daß die Währungsausgleichszahlungen einen Agrarpreisniveaueffekt haben und bei ihrem Abbau sich die Verbraucherbelastung in der EG ändert. Nicht gerechtfertigt wäre es, die Agrarausgaben um die Ausfuhrerstattungen im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe zu reduzieren, da der Warenwert zu Weltmarktpreisen plus Transportkosten bereits vom Entwicklunghilfesektor getragen wird und im EAGFL nur noch die Exporterstattungen verbucht werden. Würde man diese auch noch dem Entwicklungssektor anlasten, so würde man auch die Preisstützung und Einkommensgarantie der EG-Landwirtschaft als Entwicklungshilfe betrachten. Die Berücksichtigung des

Ausfalls an Außenschutzzeinnahmen bzw. zusätzlich entstehender Ausfuhrerstattungen infolge von Präferenzeinfuhren und die Gegenrechnung von Außenschutz- wie auch sonstigen Agrareinnahmen führen zwar zu einer Nettogröße, die dann aber impliziert, daß die finanzielle Belastung des EG-Haushaltes durch die Agrarpolitik an der vollkommenen Selbstversorgung einer vom Weltmarkt abgeschirmten EG-Agrarproduktion gemessen wird bzw. Fiskaleinnahmen verbucht werden, die von den Verbrauchern aufgebracht werden.

Bewertungskriterium für die Agrarpolitik in der EG sollte nicht eine unter fragwürdigen und falschen Prämissen und Referenzsystemen ermittelte Nettofiskalbelastung des EG-Haushaltes sein. Vielmehr bedarf es einer Gesamtwertung, die auch die Verbraucherbelastung berücksichtigt und darüber hinaus die Finanzaufwendungen der nationalen Agrarpolitiken einbezieht, die bisher sogar einen wesentlich größeren Betrag ausmachten als die gemeinsamen Agrarausgaben der EG<sup>1)</sup>.

#### 4.3 Nationale Einnahmen-Ausgaben-Bilanzen

Für die Bewertung der EG-Agrarpolitik sind auch die Verteilungswirkungen der gemeinsamen EG-Politiken von Bedeutung. Die EG-Kommission mißt die Verteilungswirkungen der gemeinsamen Politiken an den nationalen Nettopositionen, die sich durch die Finanzströme über den EG-Haushalt durch Gegenüberstellung der nationalen Leistungen und aller nationalen Zuwendungen im Rahmen der EG-Ausgaben ergeben. Sieht man von der Sonderstellung Luxemburgs und Belgiens einmal ab, so werden die Nettoempfänger- und Nettozahlerpositionen vor allem durch die gemeinsame Agrarpolitik bestimmt<sup>2)</sup>, auf die nicht nur zwei Drittel der Gesamtausgaben entfallen, von der zudem auch von der Einnahmenseite noch Verteilungswirkungen ausgehen. Die Finanzströme über den EG-Haushalt geben die Verteilungswirkungen der gemeinsamen EG-Politiken aber verzerrt

---

1) Koester, U.: Nationale Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer kontrollierten Nationalisierung. In: Wirtschaftsdienst 1981, II, S. 71 bis 76.- 2) BMF: Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften 1981. Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen, Bonn 3/81.



wieder<sup>1)</sup>. Sie berücksichtigen nicht die Fiskaleffekte des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs, die wegen eines hohen Außenhandelsschutzes insbesondere bei Agrarprodukten auftreten. Hierdurch werden der Nettoempfang in Agrarüberschußländern, wie insbesondere Dänemark und Irland, die ihre Produkte statt zu niedrigen Weltmarktpreisen zu hohen EG-Preisen absetzen können, und die Nettobelastung in Agrardefizitländern, insbesondere in Großbritannien, die die teuren EG-Produkte kaufen müssen, noch erheblich unterschätzt.

Versucht man eine verteilungspolitische Bewertung des gesamten Fiskaltransfers über den EG-Haushalt und den innergemeinschaftlichen Agrarhandel auf der Basis des BIP unter Verwendung von Pro-Kopf-Zahlen<sup>2)</sup>, so kommt man zu dem Ergebnis, daß vor allem die Nettozahlerposition Großbritanniens (BIP je Einwohner nur etwa 75 % des EG-Niveaus) trotz der derzeitigen Zahlungsentlastung, weniger die viel beklagte Nettozahlerposition der BR Deutschland (BIP je Kopf etwa 135 % des EG-Niveaus), aber auch die Nettozahlerposition Italiens (BIP je Einwohner nur etwa 62 % des EG-Niveaus) und insbesondere die Nettoempfängerposition Dänemarks (BIP je Einwohner etwa 137 % des EG-Niveaus) verteilungspolitischen Erfordernissen widersprechen.

#### 5 Möglichkeiten zur Verhinderung eines Finanzungleichgewichtes

Betrachtet man Höhe, Dynamik und Verteilungswirkungen der Agrarausgaben, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das drohende Finanzungleichgewicht vorrangig und vornehmlich durch eine Drosselung der Ausgaben zu verhindern ist.

---

1) Koester, U.: EG-Agrarpolitik in der Sackgasse. Baden-Baden 1977. - Thoroe, C.: Die Agrarpolitik der EG im Konflikt mit Finanzausgleichszielen. In: Agrarwirtschaft 29. Jg. (1980), S. 78 bis 87. - 2) Thoroe, C.: Die Agrarpolitik ... a.a.O.

## 5.1 Reduzierung der Ausgaben

### 5.1.1 Administrative Mitteleinsparungen

Mitteleinsparungen erscheinen durch Verbesserungen in der Agrarmarktverwaltung erreichbar. Die EG-Kommission hat inzwischen dazu auch Sparvorschläge unterbreitet. Sie sehen bei den Exporterstattungen eine Vielzahl organisatorisch-technischer Anpassungen, wie schnellere Angleichung der Erstattungsätze, Überprüfung der Vorausfixierung, stärkere Differenzierungen nach Empfängerländern und vermehrter Übergang zu Ausschreibungsverfahren vor, die angesichts der bisher großzügigen Erstattungspraxis - speziell bei tierischen Erzeugnissen -, die vom Rechnungshof bereits im Jahresbericht 1979 kritisiert wurde, auch zu Mitteleinsparungen führen könnten. Bei der Absatzförderung auf dem Binnenmarkt erscheint eine Durchforstung und Umschichtung der Beihilfepolitik angebracht. So wäre u.a. zu prüfen, ob z.B. im Bereich der Molkereiprodukte die finanzielle Absatzförderung nicht stärker von Interventionsprodukten auf die Marktprodukte verlagert werden sollte<sup>1)</sup>. Nicht unbedenklich wäre es allerdings, die Verbrauchersubventionierung auf dem Binnenmarkt unter rein fiskalpolitischen Aspekten mit der Exportsubventionierung zu vergleichen und ihre wohlstandsökonomischen Vorteile für die Verbraucher in der EG vollkommen unberücksichtigt zu lassen<sup>2)</sup>. Auch im Bereich der Produktlagerung dürften sich noch weitere Mitteleinsparungen erzielen lassen. Eine Lagerhaltung, die weder aus Gründen der Versorgungssicherung zu rechtfertigen ist, noch saisonalen oder konjunkturellen absatzpolitischen Erfordernissen entspricht, wie sie in der Vergangenheit bei Butter und Magermilchpulver praktiziert wurde und bei Rindfleisch noch betrieben wird, verursacht nicht vertretbare Kosten<sup>3)</sup>.

---

1)Hermann, R., D. Kirschke und P.M. Schmitz: Zur Umorientierung der Milchmarktpolitik auf Molkereiebene. In: Agrarwirtschaft 29. Jg. (1980), S. 308 bis 321.- 2)Henze, A. und J. Zeddies: Angebotskontingentierung in der Landwirtschaft. Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft (Reihe A), H. 217, Münster-Hiltrup 1980.- 3)Guth, D.: Angebots- und Preisschwankungen bei Schlachtrindern in der EG und Möglichkeiten zur Marktstabilisierung. Agrarwirtschaft SH 86, Hannover 1980.

Die insgesamt möglichen Mitteleinsparungen sind zwar beachtlich, sollten aber nicht überschätzt werden. Auch dürfen vorübergehende Haushaltsentlastungen, wie sie u.a. durch einen Bestandsaufbau, bei dem die Absatzsubventionierung nur hinausgeschoben wird, und dies unter zusätzlichen Kosten, erzielt werden oder durch eine günstige Absatzsituation auf dem Weltmarkt entstehen, nicht als Zeichen einer besseren Agrarmarktverwaltung angesehen werden. Auch haushaltstechnische Änderungen, wie sie erstmals vom Finanzministerrat im Haushaltsplan 1982 durch eine Sperrung von EAGFL-Mitteln, über die die Agrarminister somit nicht verfügen können, vorgenommen wurden, täuschen nur eine Einsparung vor, wenn sie - entgegen den Erwartungen - substantiell nichts ändern.

#### 5.1.2 Restriktive Agrarpreispolitik

Steuerbar und nachhaltig beeinflussbar ist die Ausgabenentwicklung vor allem durch die jährlichen Preisbeschlüsse des Agrarministerrates. Eine restriktive Preispolitik würde dabei den EG-Haushalt in zweifacher Weise entlasten. Sie würde das Marktgleichgewicht mindern und die Ausgaben für die verbleibende Überschussmenge verringern. Von der EG-Kommission wird die Fiskalwirkung preispolitischer Maßnahmen jedoch offensichtlich unterschätzt<sup>1)</sup>. In etwa läßt sich sagen, daß eine 1 %ige Änderung der Agrarproduktpreise eine etwa 2,5 %ige Veränderung der Marktordnungsausgaben zur Folge haben könnte, so daß durch eine im Vergleich zur Vergangenheit um einige Prozent restriktivere Agrarpreispolitik der Anstieg der Agrarausgaben von bisher etwa 20 v.H. durchaus der zu erwartenden Zuwachsrate der EG-Einnahmen von 11 bis 12 v.H. angenähert werden könnte. Zu überlegen wäre dabei auch, ob die Interventionspflicht auf bestimmten Märkten nicht gemindert oder gar völlig aufgehoben werden sollte.

#### 5.1.3 Mengenbeschränkende Maßnahmen

Die stärkste Haushaltsentlastung wird vielfach von einer

---

1)Tangermann, S.: Options for the 1981 CAP Price Fixing and Consequences of the Budget, Consumers, Farmers and the Economy. Manuskript, Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen, März 1981.

einzelbetrieblichen Quotierung der Agrarproduktion erwartet, wie sie von der neuen französischen Regierung favorisiert wird und von der EG-Kommission bereits mehrfach bei Milch unter den verschiedensten Bezeichnungen in die Diskussion gebracht wurde. Möglichen fiskalpolitischen Vorteilen stehen allerdings grundlegende ökonomische, verwaltungstechnische und ordnungspolitische Nachteile gegenüber<sup>1)</sup>, die gewichtig genug sein sollten, um von einer Ausdehnung mengenbeschränkender Maßnahmen über den Zuckermarkt hinaus, auf dem trotz Kontingentierung eine Überschußsituation von mehr als 20 v.H. entstanden ist, abzusehen.

## 5.2 Erhöhung der Einnahmen

### 5.2.1 Administrative Einnahmeverbesserungen

Administrative Einnahmeverbesserungen erscheinen ebenfalls - wenn auch in vergleichsweise geringem Maße - möglich. Zu bemängeln ist vor allem, daß bei den Importen zu Sonderbedingungen, die insbesondere bei Rindfleisch in größerem Ausmaße getätigt werden, den Importeuren beträchtliche Kontingentsrenten zufließen, die sich bei einem Ausschreibungsverfahren abschöpfen ließen, ohne daß hierdurch die Einfuhr selbst beeinträchtigt würde<sup>2)</sup>.

### 5.2.2 Ausdehnung der Produktabgabe

Kommission und Agrarministerrat der EG sehen in der Ausdehnung der Produktabgabe eine geeignete Möglichkeit, das Agrarfinanzierungsproblem sowohl durch zusätzliche Einnahmen als auch durch eine Verringerung des Marktungleichgewichtes zu lösen. Der zunächst auf die Überproduktion beschränkten Zuckerabgabe folgte die sogenannte Erzeugermitverantwortungsabgabe bei Milch. In der neuen Zuckermarktordnung wurde die Produktionsabgabe dann auf die Grundquote (den EG-Verbrauch) ausgedehnt. Bei Getreide wurde die Einführung einer Mitverantwortungsabgabe grundsätzlich beschlossen und bei pflanz-

---

1) Henze, A. und J. Zeddies: Angebotskontingentierung ... a.a.O.- 2) Guth, D.: Angebots- und Preisschwankungen ... a.a.O.

lichen Ölen und Fetten wird im Zusammenhang mit der EG-Erweiterung erneut die Einführung einer Abgabe auf das Gesamtangebot aus Inlands- und Auslandsproduktion diskutiert. Der hohe Fiskaleffekt solcher Abgaben steht zwar außer Frage, ihre sonstigen Wirkungen bedürfen aber einer kritischen Betrachtung.

Da grundsätzlich davon auszugehen ist, daß Produktabgaben längerfristig bei der Festsetzung der Interventionspreise berücksichtigt werden, verstärken sie eher das Marktungleichgewicht als daß sie es verringern, indem sie den Verbrauch mindern und nicht die erwartete produktionsbeschränkende Wirkung haben. Der durch das erhöhte Finanzaufkommen geminderte fiskalpolitische Druck auf die Agrarpreispolitik kann sogar bewirken, daß die Landwirte höhere Nettopreise erhalten als ohne sie. Produktabgaben sprengen das bisherige Agrarmarktsystem, indem sie die Verbraucher auch noch zur Finanzierung des teuren Agrarexportes zwingen. Besonders bedenklich ist dabei, daß die Mittelaufbringung in höchstem Maße unsozial ist, nicht nur im Vergleich zur direkten Einkommensteuer, sondern auch zur Mehrwertsteuer. Sie beschränkt sich auf die Nahrungsmittel und belastet die ärmsten Konsumenten und damit auch die ärmsten Mitgliedsländer am relativ stärksten.

### 5.2.3 Ausdehnung des Agraraußenschutzes

Im Zusammenhang mit dem Finanzierungsproblem der EG-Agrarpolitik wird auch die Einbeziehung der Getreidesubstitute sowie der pflanzlichen Öle und Fette in den Agraraußenschutz erörtert. Einer Ausdehnung des Außenschutzes auf diese Produkte stehen allerdings die von der EG vor Inkrafttreten der Agrarmarktordnungen getroffenen GATT-Vereinbarungen im Wege. Das System der Agrarmarktordnungen, das der EG bei Agrarprodukten ein Ausbrechen aus der allgemeinen Außenschutzbindung im GATT ermöglicht hat<sup>1)</sup>, wurde von den Handelspartnern, insbesondere von den USA, nur akzeptiert, weil die EG eine Kon-

---

1)Quambusch, L.: Nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Ein Beitrag zu ihrer Systematisierung, Anwendung und Beseitigung. Köln 1976.

solidierung bei den oben genannten Produkten zugesichert hat. Und es wird allgemein nicht erwartet, daß die Handelspartner ohne weiteres bereit sind, die EG von dieser Verpflichtung zu entbinden. Zwar sprechen auch allokatonspolitische Gründe für eine Angleichung der Preisrelation zwischen Eiweiß (Soja) und Stärke (Getreide). Um aber einer weiteren erheblichen Zunahme der Verbraucherbelastung entgegen zu wirken, und auch im Interesse des Weltagrarrhandels, müßte bei einer Angleichung der Protektionstruktur der Preisschutz bei den bisher erfaßten Produkten (insbesondere bei Getreide) spürbar gesenkt und dürfte das Agrarpreisniveau insgesamt möglichst nicht noch weiter erhöht werden.

#### 5.2.4 Erhöhung der MwSt-Eigenmittel

Eine Anhebung der 1 %igen MwSt-Bemessungsgrundlage müßte von allen nationalen Parlamenten der EG beschlossen werden. Sie wurde bisher von den meisten Mitgliedsländern abgelehnt. Insbesondere die Nettozahlerländer BR Deutschland und Großbritannien versuchen, über eine Begrenzung des Finanzrahmens der EG eine Reform der kostspieligen EG-Agrarpolitik zu erzwingen. Andere Länder drängen dagegen trotz der anstehenden Finanzierungsprobleme vor allem auf einen Ausbau der übrigen Politikbereiche. Eine Ausdehnung des Mitteleinsatzes in anderen Politikbereichen würde das Finanzierungsproblem weiter verschärfen und die Frage der Erweiterung des EG-Finanzierungssystems stärker in den Vordergrund rücken.

#### 6 Schlußbetrachtung

Das sich abzeichnende Finanzungleichgewicht des EG-Haushaltes zwingt zu einer längst überfälligen Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik. Die derzeitige Fiskalentwicklung durch günstige Exportbedingungen bei Agrarprodukten sollte dabei als Chance genutzt werden, das EG Finanz- und Agrarproblem noch mit marktkonformen preispolitischen Maßnahmen zu lösen. Eine restriktive marktorientierte Agrarpreispolitik würde das Substituteproblem entschärfen, das Nord-Süd-Gefälle im Agrarschutz der EG mindern und den innergemeinschaftlichen Fiskaltransfer zugunsten der einkommensschwachen Länder verbessern. Sie würde den in den Artikeln 39 und 110 des EG-Vertrages

verankerten Zielen dienlich sein. Als bedenklich erweist es sich, die notwendige Reform der EG-Agrarpolitik durch einen systematischen Ausbau einer agrarbezogenen Ersatzfinanzierung über Produktabgaben zu unterlaufen oder das Finanz- und Agrarproblem gar durch eine dirigistische Mengensteuerung der Agrarproduktion lösen zu wollen. Wenn alle marktkonformen Möglichkeiten einer Reduzierung des Zuwachses der Agrarausgaben ausgeschöpft sind und in anderen Politikbereichen sich ein zusätzlicher Mitteleinsatz als zweckmäßig erweist, sollte eine Erweiterung des Finanzrahmens der EG durch Anhebung der MwSt-Bemessungsgründe nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

#### L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

1. BMF: Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften 1981. Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen, Bonn 3/81.
2. Guth, D.: Angebots- und Preisschwankungen bei Schlachtrindern in der EG und Möglichkeiten zur Marktstabilisierung. Agrarwirtschaft SH 86, Hannover 1980.
3. Henze, A. und J. Zeddies: Angebotskontingentierung in der Landwirtschaft. Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft (Reihe A), H. 217, Münster-Hiltrup 1980.
4. Herrmann, R., D. Kirschke und P.M. Schmitz: Zur Umorientierung der Milchmarktpolitik auf Molkereiebene. In: Agrarwirtschaft 29. Jg. (1980), S. 308 bis 321.
5. Koester, U.: EG-Agrarpolitik in der Sackgasse. Baden-Baden 1977.
6. Derselbe: Nationale Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer kontrollierten Nationalisierung. In: Wirtschaftsdienst 1981, II, S. 71 bis 76.
7. Nitka, U.: Das Finanzierungssystem der Europäischen Gemeinschaften. Bochum 1979.
8. Quambusch, L.: Nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Ein Beitrag zu ihrer Systematisierung, Anwendung und Beseitigung. Köln 1976.
9. Strasser, D.: Die Finanzen Europas. Bonn 1979.
10. Tangermann, S.: Options for the 1981 CAP Price Fixing and Consequences of the Budget, Consumers, Farmers and the Economy. Manuskript, Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen. März 1981.

11. Thoroë, C.: Die Agrarpolitik der EG im Konflikt mit Finanzausgleichszielen. In: Agrarwirtschaft 29. Jg. (1980), S. 78 bis 87.
12. Tugendhat, C.: Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften im Widerstreit der Institutionen. In: Europa-Archiv, Folge 9/80.